

Warum Soldaten? - Eine autobiographische Reflexion



Quelle: Bundeswehr

Aufsatz von Mike Mohring für ein Projekt zur tatsächlichen Bedeutung des Soldaten in der Gesellschaft für die Helmut-Schmidt-Universität Hamburg.

Schirmherr des Projektes: Reinhold Robbe, Wehrbeauftragter des Deutschen Bundestages
Veröffentlicht in der Thüringischen Landeszeitung am 27. Juli 2009.

„Warum Soldaten?“ Die meisten Menschen werden darauf spontan mit dem Satz reagieren: „Wie schön wäre es, wenn wir sie nicht bräuchten!“ Denn im kollektiven Gedächtnis sind Bilder gespeichert, die mit Krieg, Gewalt und Tod zu tun haben. Das ist verständlich, selbst für Jüngere. Ich bin Geburtsjahrgang 1971. Die Generation meiner Großeltern hat den Zweiten Weltkrieg erlebt und erlitten und Erinnerungen an den Ersten Weltkrieg bewahrt; nicht abstrakt, sondern konkret mit Namen, Gesichtern und Lebensgeschichten – die allzu oft gewaltsam endeten.

Angesichts des von Hitler vom Zaun gebrochenen Krieges, der unbarmherzigen Kriegführung, der eigenen Kriegstoten, aber auch unserer ausgebombten Städte und der auf Flucht und Vertreibung Umgekommenen ist verständlich, dass viele Menschen mit Soldaten und Armeen nichts zu tun haben wollten. Die Erinnerung an Soldaten ist für viele Menschen eine Erinnerung an Leid. Die Wehrmacht ist zum Instrument eines Verbrechers geworden, der die Völker Europas – am Ende das eigene eingeschlossen – ins Verderben geführt hat. Es waren unter anderem diese Bilder, die mich 1990 veranlassten, Zivildienst statt Wehrdienst zu leisten.

Vor allem aber war es die frühe Prägung durch den SED-Staat. Viele Menschen empfanden die so genannten bewaffneten Organe als Bedrohung. Die Angst der Demonstranten im Herbst 1989 hatte Namen: Stasi, Nationale Volksarmee (NVA) und Betriebskampfgruppen. Armeen hatten die Aufstandsversuche im Ostblock niedergeschlagen: 1953 in der DDR, 1956 in Ungarn, 1968 in Prag. 1980 hatte der General Wojciech Jaruzelski in Polen das Kriegsrecht verhängt. Das Massaker auf dem Platz des himmlischen Friedens in Peking war kein Jahr her, als ich mein Abitur ablegte.

Mehr oder weniger reflektierte Ablehnung speiste sich jedoch nicht nur aus der Einsicht, dass sich die NVA als Instrument der Machtsicherung der SED gegenüber der eigenen Bevölkerung erweisen konnte. Sie war auch die Armee eines Staates, den seine Bürger in ihrer Mehrheit ablehnten, auch ich selbst. Sie diente der Verteidigung eines politisch-ideologischen und territorialen Zustandes, den die Menschen überwinden wollten. Ihrer Schlagkraft diente die aus heutiger Sicht geradezu paranoide Militarisierung einer ganzen Gesellschaft. Auch aus

den Erfahrungen mit dem zwangsweise eingeführten Wehrunter-richt in der DDR hatte sich die friedliche Revolution gespeist.

Eine historische Sekunde lang herrschte nach der friedlichen Revolution 1989/90, dem Ende des Kommunismus, dem bald folgenden Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Völkerfrühling in Ostmittel- und Südosteuropa die Hoffnung, sich von dieser Geschichte befreien zu können. Francis Fukuyamas bekanntes Buch „Das Ende der Geschichte“ aus dem Jahr 1992 hält diese Illusion fest. Die liberale Demokratie schien gesiegt zu haben, ein Zeitalter der Abrüstung einzusetzen und die Logik militärischer und atomarer Abschreckung an ihr Ende gekommen zu sein.

Inzwischen sind wir – und zwar gründlich – eines Schlechteren belehrt. Neue Bilder und Erfahrungen sind hinzugekommen, die eher Anlass zur Klage über die Unzulänglichkeit militärischer Mittel, aber auch über politische Hilf- und Ratlosigkeit geben. Denken wir an den Völkermord an den Tutsi in Ruanda mit mindestens einer halben Million Ermordeter, das Massaker von Srebrenica im Juli 1995, das auch durch eine Blauhelm-Mission der UNO nicht verhindert werden konnte, oder an das Morden in Darfur seit 2003, dem rund 200 000 Menschen zum Opfer fielen. Was hätten viele Menschen darum gegeben, dem Morden an Unschuldigen Einhalt gebieten zu können, die dort in den Mahlstrom blutiger Konflikte geraten sind! Konflikte, in denen sich ethnisch-kulturelle, soziale, wirtschaftliche und machtpolitische Fragen unheilvoll verbunden haben.

Noch tiefer eingepägt hat sich der 11. September 2001, der den „Krieg gegen den Terror“ zu einem Thema hat werden lassen. Weitere Anschläge, etwa in Madrid oder London, haben gezeigt, dass diese Gefahr überall lauern kann. Gegenstand harter Debatten waren aber auch die Reaktionen: Dass Afghanistan einen guten Weg nehmen wird, ist eine Hoffnung, auf die wir nicht ohne Zweifel setzen. Ohne militärische Mittel gäbe es nicht einmal diese Hoffnung. Am zweiten Irak-Krieg gab es weit stärkere Zweifel. George W. Bush hat mit ihm die Glaubwürdigkeit seines Landes aufs Spiel gesetzt.

Dies alles sind Schlaglichter auf Herausforderungen, die mit unserem klassischen Bild vom Krieg nicht mehr viel zu tun haben, in dem sich Staaten mit ihren Armeen und Soldaten mit Kombattanten-Status gegenüberstanden. Das gilt auch für andere sicherheitspolitische Herausforderungen: Der Kampf gegen Piraterie und die Sicherheit der Handelswege oder etwa die Sorge um scheiternde und zerfallende Staaten. Zerfallen Ordnung und Stabilität, droht Anarchie und Gewalt. Niemand will sich überdies ausmalen, was passiert, wenn Terroristen in derartigen Regionen in den Besitz von chemischen, biologischen oder gar Kernwaffen geraten.

Es genügt jedoch nicht, bei diesen Bildern zu verharren, die mörderische Kraft des Militärs auf der einen Seite zu fürchten und seine begrenzten Möglichkeiten auf der anderen Seite zu beklagen. Eine Welt ohne Gewalt wird ein Traum bleiben, und sie lässt sich auch durch Pazifismus nicht herbeizwingen, wie nicht wenige in der Bürgerbewegung der DDR glaubten, in der ich meinen politischen Weg begonnen habe. Das belegt gerade die Tatsache, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit seit langem fließend sind und verschwimmen. Wer Soldaten nicht will, muss sagen, wie er der vielfältigen Gewaltphänomene ohne sie Herr werden kann.

Doch welche Aufgaben haben unsere Soldaten, wenn die alten Begriffe nicht mehr stimmen? Welche Berechtigung und Grenzen hat die militärische Komponente in der Konfliktverhütung und Krisenbewältigung? Jeder Bürger, der die Freiheit, Sicherheit und Ordnung unseres

Landes genießt und erst recht jeder Politiker, sollte sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Das schulden wir denen, die Gesundheit und Leben im militärischen Einsatz aufs Spiel setzen. Auch wenn es außerhalb der Zuständigkeit und fachlichen Kompetenz eines Landes- und Finanzpolitikers, wie ich es bin, liegt, diese Frage bis ins Detail zu beantworten.

Im Kern gilt immer noch und muss auch in Zukunft gelten, was Wehrpflichtige in ihrem Gelöbnis geloben und Zeit- oder Berufssoldaten in ihrem Eid schwören – „der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen“. Der Dienst bezieht sich auf unser Land und unser Volk und auf eine Lebensordnung in unserem Staat, die auf Recht und Freiheit gegründet ist. Damit ist der Auftrag inhaltlich begrenzt. Es geht um die Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland als eines demokratischen Verfassungsstaates.

Ich finde es richtig, dass im Bundestag, in der Bundeswehr, aber auch in der Bevölkerung immer wieder darüber diskutiert wird, ob bei den Einsätzen, in die unsere Soldaten geschickt werden, diese Rückbindung noch gegeben ist. Diese Debatten schützen die Soldaten der Bundeswehr am besten davor zu Vollstreckern von Interessen und Aufträgen zu werden, die mit unserer nationalen Sicherheit nichts mehr zu tun haben. Die Auseinandersetzung damit ist wichtiger als manch andere Frage, mit der sich Politik beschäftigt. Jeder neue Verwundete oder Gefallene führt uns dies schmerzhaft vor Augen.

Angesichts der Natur der sicherheitspolitischen Herausforderungen unserer Tage und der absehbaren Zukunft sind die Grenzen dafür schwerer zu bestimmen als in früheren Zeiten. Deutlicher als früher erkennen wir dabei zugleich, dass mit militärischen Mitteln alleine nichts zu bewirken ist. Auch das zeigt das Beispiel Afghanistan: Nur wenn es gelingt, ein sozial und wirtschaftlich stabiles Afghanistan aufzubauen und nachhaltige Sicherheit zu schaffen, haben wir eine Chance, unsere Soldaten wieder nach Hause zu holen. Ansonsten wird ein solches Land zur Quelle immer neuer Bedrohungen.

Ob und in welchem Umfang von den Brandherden dieser Welt Gefahren für unser Land ausgehen, muss im Einzelfall immer wieder geprüft werden. Dabei sind wir nicht autonom, weil wir weder alleine handeln können und wollen und EU und NATO unverzichtbar für unserer eigenen Sicherheit sind. Wer die Vorzüge des Bündnisses genießen will, muss Entscheidungsrechte teilen. Das kann ein Dilemma sein, allerdings eines, aus dem es kein Ent-rinnen gibt.

Thema vieler Diskussionen sind schließlich die so genannten humanitären Interventionen. Gebietet es unser Menschenbild und unsere Werte, Humanitäre Katastrophen wie die erwähnten in Ruanda oder in Darfur mit militärischen Mitteln zu unterbinden? Oft wird das Herz angesichts der erschütternden Berichte und Bilder ja sagen. Der Verstand wendet allerdings ein, dass wir damit den Auftrag der Bundeswehr leichtfertig entgrenzen könnten und ihre Möglichkeiten grotesk überschätzen würden.

Ich habe keine fertige Antwort darauf. Es widerstrebt mir, etwa bei einem Völkermord, der verhindert werden könnte, einfach abseits zu stehen, nur weil er unser nationales Sicherheitsinteresse nicht berührt. Andererseits zeigt die Erfahrung, dass es meist falsch ist, einzugreifen, wenn man nicht bereit ist, dann auch durchzugreifen – bis zu einem vernünftigen Ende. Zu oft wird man die Erfolgsaussichten als zu gering einschätzen. Wenn das so ist, haben wir nicht das Recht, Leben und Gesundheit unserer Soldaten aufs Spiel zu setzen.

Moralisch bedrückend ist diese relative Ohnmacht gleichwohl. Für mich ergibt sich daraus ein starker politischer Impuls, das politisch Mögliche für Lebensbedingungen auf dieser Welt zu tun, die an den Ursachen blutiger Konflikte ansetzen. Wirtschaftliche, kulturelle, soziale, humanitäre, polizeiliche und militärische Komponenten dürfen dabei nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern sie müssen aufeinander bezogen sein und auf ihren möglichen Beitrag hin geprüft werden. Das wird eine Sisyphosarbeit bleiben. Will sagen: Wir sollten uns nicht der Illusion hingeben, sie zu einem Ende führen zu können.

Doch den Stein nicht immer wieder bergan zu rollen wie der Sisyphos der griechischen Sage, wäre ein Verrat an den Werten, die Europa ausmachen. Vielleicht ist es die schwierigste Aufgabe des Soldaten, deshalb immer wieder mit dafür anzutreten und eine besonders schwere Bürde zu tragen. Der Lohn ist, dass heute vielleicht die meisten Menschen in Deutschland sagen: „Es ist gut, dass es diese Soldaten gibt – unsere Soldaten“.